



---

Dokumentation der  
Preisverleihung

# Das politische Buch 2017

**Wolfgang Gründinger**

Alte Säcke Politik.  
Wie wir unsere Zukunft  
verspielen

Berlin, 10. Mai 2017

---

Die vorliegende Dokumentation gibt in gekürzter und überarbeiteter Form die Reden wieder, die anlässlich der Preisverleihung „Das politische Buch“ an Wolfgang Gründinger am 10. Mai 2017 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin gehalten wurden.

Eine Videoaufzeichnung der gesamten Preisverleihung findet sich im Internet unter:

➔ <https://www.fes.de/de/preis-das-politische-buch>

---

### Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

© Friedrich-Ebert-Stiftung  
Verantwortlich: Alina Fuchs

Fotos: Reiner Zensen

Gestaltung: kakoi GmbH, [www.kakoi.de](http://www.kakoi.de)



## Inhalt

---

### 4 Begrüßung

Kurt Beck, Ministerpräsident a. D., Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

---

### 8 Festrede

Dr. Ralf Stegner, MdL, stellvertretender Vorsitzender der SPD

---

### 16 Laudatio – Begründung der Jury

Dr. Klaus Hohlfeld, Sprecher der Jury „Das politische Buch“

---

### 20 Rede des Preisträgers

Wolfgang Gründinger

---

### 24 Podiumsgespräch „Politik für die Zukunft?“

Wolfgang Gründinger

Dr. Ralf Stegner

Luisa Boos, Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg

Moderation: Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung

---

### 40 Liste der empfohlenen Bücher

---

### 43 Informationen zum Preis „Das politische Buch“

---

### 44 Die Preisbücher seit 2000

Preisverleihung

# Das politische Buch 2017

Berlin, 10. Mai 2017



## Begrüßung

**Kurt Beck**  
Ministerpräsident a. D., Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

Einen wunderschönen guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste der Friedrich-Ebert-Stiftung! Gemeinsam mit meinem Vorstandskollegen Dr. Roland Schmidt darf ich Sie alle sehr herzlich willkommen heißen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich freue mich, neben Ihnen allen besonders die Hauptperson des heutigen Tages zu begrüßen, nämlich Wolfgang Gründinger, der uns mit seinem Buch „Alte Säcke Politik. Wie wir unsere Zukunft verspielen“ herausfordert, provoziert und vor allen Dingen zur Diskussion anregt. Lieber Herr Gründinger, herzlich willkommen! Ich freue mich, dass Sie da sind und dass Sie der Preisträger des „Politischen Buchs“ 2017 sind.

Dank und Anerkennung gehen auch an das Gütersloher Verlagshaus, das das Buch herausgebracht hat und dessen Leiter Herrn Ralf Markmeier ich willkommen heißen darf. Zu einer ordentlichen Festversammlung gehört ein ordentlicher und überzeugender Festredner. Ich freue mich sehr, Herrn Dr. Ralf Stegner zu begrüßen, stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und seit gestern einstimmig wiedergewählter Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Kiel. Lieber Ralf, danke, dass du da bist – trotz der virulenten Zeiten, in denen wir uns bewegen, auch und gerade im hohen Norden. Ich möchte betonen, das zeugt

von ganz besonderer Verlässlichkeit und Treue zur Aufgabe.

Ich begrüße den Laudator und Vorsitzenden der Jury „Das politische Buch“, Herrn Dr. Klaus Hohlfeld. Vielen herzlichen Dank für die Arbeit der Jury, für Ihre Arbeit als Sprecher und für die Laudatio, die folgen wird. Es wird nachher eine Diskussionsrunde geben, an der auch Luisa Boos, Generalsekretärin der Sozialdemokratischen Partei in Baden-Württemberg, teilnehmen wird. Sie ist eine Repräsentantin der jungen Generation, deren Interessen ja besonders beleuchtet werden sollen. Liebe Luisa, herzlich willkommen! Ich begrüße auch das Swing-Quartett „Chat Noir“ und möchte mich ganz besonders für Ihre musikalischen Beiträge bedanken. Es war bereits eine große Freude, Ihnen zuzuhören.

Von meiner Seite nur ein paar wenige grundsätzliche Worte zu dem Preis „Das politische Buch“, den die Friedrich-Ebert-Stiftung seit 1982 vergibt. Die Entscheidung trifft eine unabhängige Jury. Sie hatte dieses Mal wieder ganz besondere Herausforderungen zu bewältigen, nicht nur wegen der Qualität, auch wegen der großen Zahl der eingereichten Bücher. Es waren 201. Sie können sich vorstellen, was das für eine Jury bedeutet. Aber Sie können sich auch vorstellen, welche Ehrung es für einen Autor ist, sich am Ende durchzusetzen, lieber Herr Gründinger. Man darf sagen, ohne dass die Friedrich-Ebert-Stiftung nun Eigenlob betreibt: Es ist sicher einer der wichtigsten, anerkanntesten und ältesten Preise für politische Sachbücher, die in Deutschland vergeben werden. Ich will in diesem Zusammenhang an

den einen oder die andere Preisträgerin der letzten Jahre erinnern, damit Sie einordnen können, auf welchem Niveau sich diese Preisvergabe abspielt. 2016 war die Preisträgerin Lamya Kaddor, deren Buch „Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen“ prämiert wurde. 2015 war es Thomas Piketty mit „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. 2014 war es Hannelore Schläffer mit „Die City. Straßenleben in der geplanten Stadt“, 2013 Robert Menasse mit „Der Europäische Landbote“, ein Jahr zuvor Colin Crouch mit dem Buch „Vom befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“, 2011 hieß der Preisträger Peer Steinbrück. – Man sieht, das ist eine illustre Runde. Wir wollen mit diesem Preis jedes Jahr ein Zeichen für Neuerscheinungen der politischen Literatur setzen, ein Zeichen des Interesses, ein Zeichen der Anerkennung.

Angesichts der großen Aufgaben, die die ehrenamtliche Jury jedes Jahr bewältigt, möchte ich mich persönlich bei allen Mitgliedern für ihren Einsatz und ihre Expertise bedanken: beim Sprecher Dr. Klaus Hohlfeld, bei Horst Baraczewski, Jens Hundrieser, Dr. Annette Kasper, Gerald Leitner, Werner Stephan, Barbara Lison und Dr. Beate Tröger. Und ein besonderer Dank gilt in diesem Jahr Wolfgang Budde-Roth, der mit dieser Preisverleihung nach 34 Jahren seine Arbeit in der Jury beenden wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit unserem diesjährigen Preisbuch liegt uns ein Werk vor, über das ein Mensch meines Alters zunächst einmal stolpert. Ich bekenne: Ich bin einer von den „alten Säcken“, die hier angesprochen sind.

Wohlgemerkt: Das ist die Wiedergabe eines Zitats, das dann zum Titel des Buches geworden ist. Ich finde, das ist deshalb ein spannender Aufmacher, weil man, wenn man einmal begonnen hat, das Buch unweigerlich zu Ende liest, denn man möchte wissen: Wie löst der Autor dieses Spannungsverhältnis zwischen den Generationen auf?

Ich will Ihnen auch offen sagen, Herr Gründinger, dass ich im Laufe des Lesens ein paarmal gestolpert bin, zum Beispiel über Passagen wie diese: „Lange haben wir die Alten als eine Last angesehen, die man irgendwie loswerden und sozial verträglich entsorgen müsste, als altes, verrostetes Eisen, das zu nichts mehr taugt. Diese Zeit ist vorbei.“ – Ich dachte: Jetzt kannst du durchatmen. Denkste, Herr Pfarrer! Es geht nämlich dann folgendermaßen weiter: „Diese Zeit ist vorbei. Endlich verstehen wir die Alten als das, was sie tatsächlich sind: als wertvolle Ressource.“ – Immerhin „wertvoll“, aber nicht nur das: auch als entscheidende gesellschaftliche Gruppe, von der das Wohl und Weh des Landes abhängt.

Es folgt dann eine These, über die man, glaube ich, intensiv diskutieren muss. Und ich danke Ihnen, dass Sie diese wichtige Diskussion angestoßen haben: Ist wirklich zu befürchten, dass die Großeltern- und Elterngeneration gegenüber der heute heranwachsenden und handelnden Generation eine egoistische Haltung entwickelt und ihnen keine Spielräume für eigene Gestaltung mehr lässt?

Mir ist meine Großmutter eingefallen, die ich sehr geschätzt habe. Wenn wir

uns bei ihr beschwert haben, dass wir nach der Schule zur Arbeit aufs Feld mussten, hat sie zu uns auf Pfälzisch gesagt: „Habt ihr schon mal gehört, dass eine Kuh am Kälbchen gesoffe hat?“

Das ist mir eingefallen und ich dachte: Wir müssen wirklich darüber diskutieren, wie wir in unserer Gesellschaft die solidarische Kraft in den Vordergrund rücken. Und damit komme ich zu einem Lösungsansatz, den Sie uns am Ende Ihres Buches dankenswerterweise anbieten: der Aufruf, dass die Generationen miteinander und füreinander die Zukunft bewältigen müssen und dass die Älteren den Jüngeren natürlich die Spielräume einräumen müssen für eigene Gestaltung, auch wenn uns Älteren vieles – Stichwort „digitale Welt“ – vielleicht fremd vorkommt.

Am Ende der Lektüre ist mir auf jeden Fall klar geworden: Wenn junge Menschen diese Befürchtungen haben – ob gerechtfertigt oder nicht –, dann müssen wir darauf hinwirken, dass es solidarische Ansätze zwischen den Generationen gibt und diese am Ende gewinnen und dass sich nicht das Konkurrenzdenken durchsetzt, das allzu häufig unser Zusammenleben prägt. Das ist, glaube ich, eine große Herausforderung. Aber es ist einem schnell klar, wenn man das Buch gelesen hat, dass es dieser Diskussion bedarf. Und es wird klar, dass es viel gibt, worüber wir Älteren ernsthaft nachdenken müssen. Ist zum Beispiel doch etwas dran an der These, dass wir mit unserer vorsichtigen bis abwehrenden Haltung gegenüber digitalen Technologien wichtige Veränderungen verzögern?

Ich finde, etwas Besseres kann man über ein politisches Buch nicht sagen, als dass man nach der Lektüre Lust auf Diskussion und auf die Auseinandersetzung mit den Argumenten hat. Ihr Buch, Herr Gründinger, schließt man nicht und denkt: Na ja, jetzt hast du es gelesen, jetzt legst du es beiseite und dann ist es gut. – Nein. Hier ist das Bedürfnis groß, sich mit These und Antithese auseinanderzusetzen. Und dabei,

ich sage es noch einmal, zählt für mich der versöhnliche Ansatz Ihres Buches, dass die Generationen aufeinander zugehen sollen.

In diesem Sinne: Herzlichen Glückwunsch zu dem Buchtitel! Herzlichen Glückwunsch zu dem Preis. Ich freue mich, dass ich jetzt Ralf Stegner bitten darf, zu uns zu sprechen und das Buch aus seiner Sicht zu würdigen.



## Festrede

**Dr. Ralf Stegner, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender der SPD

Lieber Kurt Beck, sehr geehrter Herr Gründinger, Herr Dr. Hohlfeld, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass nun ausgerechnet ich mit meinen 57 Jahren die Festrede zu einem Buch mit dem Titel „Alte Säcke Politik“ halten soll, entbehrt ja nicht einer gewissen Ironie. Mein Alter liegt immerhin noch etwa zwei Jahre unter dem Durchschnittsalter aller SPD-Mitglieder, ich gehöre aber wie Kurt Beck nicht zur Generation Y. Es ist meine Hoffnung, Herr Gründinger, dass Sie dennoch nicht aus dem Anzug springen und sich auch über die Rede von jemandem freuen können, der dem Juso-Alter knapp entwachsen ist. „Alte Säcke Politik“ ist ein wichtiges, ein notwendiges Buch – schon deshalb,

weil es genügend langweilige Bücher gibt: solche, die man anfängt, wenn man nicht gut einschläft, solche, die Dinge wiederholen, die man schon tausendmal gelesen hat. Davon gibt es ganz viele. Bücher sollen zum Nachdenken anregen. Und wenn sie zum Nachdenken anregen, wenn man ins Diskutieren kommen kann, weil man sich an Dingen reibt, dann kommen sie meinem Naturrell besonders entgegen. Ich finde, der politische Streit ist das Lebenselixier der Demokratie. Ich finde, Politik ist manchmal viel zu langweilig, viel zu technokratisch. Die Behauptung der Rechtspopulisten, die da oben seien alle gleich, ist falsch. Sie wird aber allzu häufig

dadurch genährt, dass wir politischen Streit vermeiden. Politischer Streit ist gut, ist wichtig in der Demokratie. Und wenn man genug Auswahl in der Demokratie hat, dann braucht man auch keine Populisten, die glauben, man müsse es grundlegend anders halten. Insofern ist es richtig verdienstvoll, Bücher zu schreiben, über die man streiten kann und über die man auch Lust hat zu streiten. Ich finde, wenn man harmoniebedürftig ist, dann soll man in einen Gesangsverein eintreten. In diesem Sinne ein großes Lob dafür, dass Sie einen Beitrag zur politischen Auseinandersetzung geleistet haben, ein, wie ich finde, notwendiges Buch geschrieben und den Finger in die Wunde gelegt haben, die ja durchaus vorhanden ist.

Es lässt sich nicht bestreiten, dass da, wo entschieden wird – man soll ja immer zuerst in den eigenen Bereich gucken, also in die Gremien von Gewerkschaften, Parteien und Parlamenten –, junge Menschen nicht überrepräsentiert sind. Man könnte sogar sagen: Sie sind so deutlich unterrepräsentiert, dass das nicht ganz ohne Folgen bleibt für das, was dort entschieden wird. Das Sein bestimmt das Bewusstsein – das ist kein ganz falscher Satz, auch wenn der Autor in sozialdemokratischen Kreisen nicht mehr ganz so häufig zitiert wird wie früher.

Ich glaube, für junge Menschen fehlen auch die Vorbilder, und es muss bei ihnen der Eindruck entstehen, Politik sei etwas für Ältere. Wenn dem so ist, wäre das kein gutes Urteil für die Demokratie. Es stimmt aber leider für die etablierten Beteiligungswege der repräsentativen Demokratie, die im Übrigen viel, viel besser ist als ihr Ruf und insofern ein

großes Interesse an der Beteiligung Jüngerer haben muss. Parteien, Kreistage oder der Bundestag erscheinen aber leider oft als ein Hort grauhaariger, meist männlicher alter Hasen – gegen die ich gar nichts gesagt haben möchte angesichts meines eigenen fortschreitenden Alters. Man sieht aber auf den ersten Blick, dass da Veränderungsbedarf ist. Quereinsteiger, Abgeordnete im Juso-Alter – so viele sind da nicht wahrnehmbar vorhanden. Das birgt Gefahren für die repräsentative Demokratie. Und die werden von Ihnen, Herr Gründinger, sehr treffend analysiert.

Gleichzeitig haben wir aber das Phänomen, dass Tausende junge Leute bei „Pulse of Europe“ demonstrieren, dass Bernie Sanders, übrigens ein älterer Herr, ganz viele junge Leute begeistert, dass Corbin, auch ein älterer Herr, auch viele junge Leute mitreißt, ebenso der vergleichsweise junge Justin Trudeau in Kanada. Und warum? Weil diese Politiker nicht nur über technokratische, pragmatische Alltagspolitik reden, sondern über Gerechtigkeitsfragen, über Fragen der globalen Gerechtigkeit unserer Zeit.

Es stimmt nicht, was seit 2.000 Jahren behauptet wird, nämlich dass die nächste Generation viel schlechter sei als die davor – eine Behauptung, die so alt wie falsch ist. Vielmehr ist es so, dass viele sich engagieren wollen, diese Fragen stellen und das, was man vielleicht noch an Gerechtigkeitsimpetus hat in jungen Jahren, auch einsetzen wollen. Das halte ich für ein außerordentlich ermutigendes Zeichen.

Dazu zählt auch, dass junge Menschen bei Greenpeace spektakuläre Aktionen

veranstalten, dass sie auf fair gehandelte Produkte achten, dass darüber gesprochen wird, ob man jetzt vegetarisch leben soll oder nicht, das sind wichtige Zeichen für das Interesse am Politischen. Wenn junge Menschen sich engagieren, dann ist das eine große Chance. Die Behauptung, das gebe es nicht, ist falsch. Auch in der SPD ist es übrigens so, dass wir mit dem Blitz, der im Januar in unsere Partei gefahren ist, plötzlich 20.000 neue Mitglieder hatten, 40 Prozent von ihnen im Juso-Alter. Das haben wir ziemlich lange nicht erlebt, und das muss ja irgendwelche positiven Gründe haben. Insofern würde ich bei aller Problembeschreibung sagen: Eigentlich ist alles da, was wir brauchen. Die Frage ist: Wie sorgt man dafür, dass die jungen Energien, die da sind, eine Chance haben, in der Entscheidungsfindung Gewicht zu bekommen? Und aussichtslos ist das nicht. Viele Beispiele, von der Antiatombewegung bis zur Friedensbewegung, zeigen: Wenn sich junge Menschen mit ihren Ideen bewegen, kann vieles bewegt werden – auch gegen etablierte Mächte. Und das ist in Europa übrigens dringend notwendig. Dass dem Nationalismus etwas entgegengesetzt wird von denjenigen, die erfahren haben, was es bedeutet, ohne Grenzen und ohne nationalistischen Überschwang in Freiheit und Wohlstand zu leben, ist elementar für unsere europäische Demokratie. Wenn die jungen Leute nicht beteiligt werden, dann kommt das heraus, was wir in Großbritannien gesehen haben. Der Brexit ist ja unter anderem entschieden worden, weil die Wahlbeteiligung bei den Jüngeren so war, wie sie war, nämlich zu gering. Hätten die sich

mehr beteiligt, wäre es nicht zum Brexit gekommen. Das wäre gut gewesen für Europa.

Also: Das alles ist Beleg für die These, dass es nötig ist, Jüngere zu beteiligen – aber auch dafür, dass das Potenzial für diese Beteiligung da ist. Insofern sollte das Problem, das Sie beschreiben, Herr Gründer, durchaus lösbar sein.

Aber die Frage ist: Was tun wir mit der Erkenntnis? Erkenntnisse haben wir viele. Aber von der Erkenntnis zum Tun, das ist ein Weg, mit dem sich mancher schwertut. Lassen Sie uns konkreter auf die Bereiche Ihres Buches eingehen. Was machen wir zum Beispiel mit der digitalen Revolution? Da kann ich nur sagen: Das ist Neuland für mich. Meine drei Söhne finden das natürlich lustig, was ich im Internet so mache. Ich versuche, mich leidlich zu schlagen. Richtig ist aber, dass die Digitalisierung unser Leben in einer Weise verändern wird, mit der man sich beschäftigen muss. Übrigens nicht so wie die Miesepeter, die behaupten, dass dann plötzlich die ganze Arbeit verschwindet. Das ist Quatsch. Aber die Frage, wie wir die Digitalisierung so ausgestalten, dass man unsere Werte, die ja nicht falsch und altmodisch geworden sind, anwendet auf das, was an Herausforderungen vor uns liegt, ist durchaus wichtig. Wenn man hierauf vernünftige Antworten geben will, muss man die Jüngeren, die davon vielleicht mehr verstehen, intensiver beteiligen. Das können nicht die entscheiden, die alt sind und das Internet eher als eine lästige Randerscheinung begreifen.

Manche Dinge verändern sich übrigens, ob man das gut findet oder nicht. Dann



ist man klug beraten, sich damit auseinanderzusetzen, sonst wird man ganz schnell einsam. Auch die Frage „Ist das Rentensystem in der jetzigen Form gerecht und zukunftsfest?“ ist natürlich eine, über die man reden muss, die Sie zu Recht aufwerfen, Herr Gründer. Allerdings liegt da die Antwort in der Tat nicht darin, die Generationen gegeneinander auszuspielen. Ein solcher Ansatz führt zu nichts Gutem, sondern im Gegenteil zu Verteidigungsreaktionen, die die Solidarität sprengen würden. Was kann man also tun? Man kann zum Beispiel für gute Arbeit sorgen, wie Sie es auch klar fordern, Herr Gründer. Das hilft nämlich genau den jungen Menschen und macht das Rentensystem zukunftssicher. Das ist der Schlüssel. „Menschen für Menschen“ ist immer

noch das Beste. Generationen füreinander und miteinander. Man muss das Rentensystem in der Tat zukunftsfester machen. Ich würde trotzdem der Behauptung widersprechen, dass es jetzt komplett egoistisch organisiert sei. Das ist es nicht. Rente ist nämlich keine Sozialleistung nach Kassenlage, sondern Ertrag von Lebensleistung. Das hat auch mit Respekt vor Lebensleistung zu tun. Ich glaube auch, dass es richtig ist, dass Sie die Debatte nicht ausschließlich in der Familien- und Rentenpolitik verorten – wenngleich die Familienpolitik ein interessanter Punkt ist. Auch darum geht es ja in dem Buch. Wenn wir lernen würden, den Menschen nicht vorzuschreiben, wie sie leben sollen, sondern ihnen dabei helfen würden, so zu leben, wie sie leben wollen, wäre schon

etwas gewonnen. Das ist ein Punkt, den besonders junge Menschen einfordern.

Ihre Gesamtanalyse ist ja ernüchternd. Sie sagen, wenn ich das knapp zusammenfasse: Die alten Herren in den Parlamenten haben die Interessen der künftigen Generationen zu wenig im Blick. Der politische Einfluss der jungen Generation ist zu gering.

Richtig ist dabei natürlich auch, dass es ein gewisses Dilemma gibt, wenn man sich alle vier oder fünf Jahre zur Wiederwahl stellen soll. Es ist schon heroisch zu verlangen, dass man das komplett ignoriert und sagt: Ich beschäftige mich nur mit Dingen, die in 20, 30, 40 Jahren eine Wirkung haben. Leider kann man das denen, die gerade wählen, nicht immer so vermitteln, wie wir das bei der Friedrich-Ebert-Stiftung dienstvollerweise ja immer tun. Wenn alle, die wählen, regelmäßig an Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung teilnehmen, dann wäre ich deutlich besseren Mutes, was diese Frage angeht. Aber so ist Politik nicht.

Einen wichtigen Schluss kann man aus Ihren Analysen ziehen: Es ist notwendig, strategische Debatten zu führen und vielleicht manchmal Schritte zu gehen, mit denen man nicht zufrieden ist, weil sie zu klein sind. Aber immerhin: Jeder kleine Schritt in die richtige Richtung ist besser als keiner und viel besser als einer in die falsche Richtung. Ich finde, das ist etwas, das man gerade in der Sozialdemokratie immer mal wieder sagen muss: Neben denjenigen, die die großen Entwürfe für eine gerechtere, bessere Welt verfasst haben, gab es immer auch diejenigen, die gesagt haben: Wir sind nicht die katholische Kirche und können daher nicht

behaupten, das bessere Leben finde erst im nächsten Leben statt. Es muss auch schon praktische Fortschritte für die geben, die da sind: für die kleinen Leute. Fortschritte mit Kompromissen, die man machen muss. Beides muss sein.

Der wichtige Anstoß Ihres Buches ist, glaube ich, dass man sich damit beschäftigen muss, wie man falsche Weichenstellungen wirklich vermeidet. Sie geben auch konkrete Handlungsempfehlungen für eine Politik, die eben nicht nur vier Jahre im Blick hat, sondern nachhaltig wirkt. Ich muss sagen: Wenn ich das lese, gibt es doch viele Vorschläge, die sich mit dem decken, was meine eigene Partei, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, fordert. Dass wir zum Beispiel Investitionen für wichtiger halten als die schwarze Null, hat sich herumgesprochen – wobei mit Investitionen mitnichten nur Asphalt und Beton gemeint sind. Also Straßenbrücken, Wasserwege ja, aber auch Breitbandversorgung und vor allen Dingen Investitionen in Bildung. Wie man überhaupt noch im 21. Jahrhundert den Investitionsbegriff binden kann an Dinge, die nichts mit Köpfen junger Menschen zu tun haben, ist mir schleierhaft, muss ich ehrlich sagen. Das ist ein Punkt, bei dem ich ganz bei Ihnen bin. Denn was nützt es, wenn wir unseren nachfolgenden Generationen keine oder wenig Geldschulden hinterlassen, aber dafür eine marode Infrastruktur oder ein Bildungssystem, das nicht wettbewerbsfähig ist? Gar nichts nützt das. Deswegen ist die Frage richtig gestellt.

Auch die Reform der Erbschaftsteuer, die Sie ansprechen, halten wir in der Tat

für notwendig. Denn es ist ja so: Wenn in Deutschland die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer deutlich niedriger sind als die aus der Tabaksteuer, liegt das nicht daran, dass die Leute so viel rauchen. Wir wollen den Menschen nicht an ihr Häuschen gehen. Die Freibeträge sind ja wirklich außerordentlich hoch für Eheleute oder Kinder. Man muss schon eine große Villa am Starnberger See oder in Kampen auf Sylt haben, um Erbschaftsteuer zu zahlen, und die kann man sich dann auch leisten. Es geht um die Millionenerbschaften. Und da sind wir deutlich großzügiger als andere Länder, die keinesfalls sozialistisch sind. Wenn Sie übrigens den Satz „Jeder ist sich selbst der Nächste“ googeln, finden Sie den im Grundgesetz gar nicht. Aber den Satz „Eigentum verpflichtet“, den finden Sie dort sehr wohl. Insofern haben Sie mit diesem Punkt völlig recht. Wie finanziert man Dinge, die nötig sind? Indem diejenigen, die mehr haben, die höchsten Einkommensvermögen, auch einen fairen Beitrag leisten. Ihre Position erstaunt mich hier natürlich nicht, als ehemaliger Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Sie ja auch sind.

Auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, um Menschen früher an demokratische Beteiligungsinstrumente zu binden, halte ich für vollkommen richtig. Menschen, die Pflichten haben, müssen auch wählen können. Wenn man das dann tut, dann muss die Politik allerdings auch in die Schule. Dann dürfen wir nicht immer sagen: Das hat da nichts zu suchen! Da muss man auch den Gemeinden sagen: „Unser Dorf soll schöner werden“ kann nicht heißen

„Man darf da nicht plakativ“. Jede Erotikmesse wird da angepriesen, aber die Parteiplakate sind unerwünscht. Das ist dann auch nicht richtig. Also: Politik ist nicht igittigitt, sondern Politik und Wahlen sind der Festtag der Demokratie. Das muss in der Schule anfangen, damit die Kinder und Jugendlichen merken: Es macht einen Unterschied. Man muss die jungen Leute beteiligen. Sie werden gehört. Und sie lernen, dass es wichtig ist, wählen zu gehen. Ich finde, in einem Land wie Deutschland, in dem wir eine Demokratie haben, da sollten Leute, die sich rühmen, dass sie noch nie gewählt haben – das sind teilweise Prominente –, nicht öffentliche Anerkennung finden, sondern eine Nachschulung absolvieren müssen, wie man sie bekommt, wenn man in Flensburg zu viele Punkte hat. In anderen Ländern sitzen Menschen im Gefängnis, weil sie für freie Wahlen eintreten. Es gibt keinen vernünftigen Grund, nicht wählen zu gehen. Und das muss in der Schule in der Tat vermittelt werden. Dann passt das mit dem Wahlalter auch.

Über die weiteren konkreten Analysen und Forderungen werden wir sicher in der Gesprächsrunde nachher noch diskutieren. Ich teile natürlich nicht jede Aussage in Ihrem Buch. Für einen Diplomaten, der ich bin, ist Ihre rustikale Sprache natürlich auch eine Herausforderung. Aber ich kann sagen, dass „Alte Säcke Politik“ ein im besten Sinne Streitbares Plädoyer an uns alle ist, dem demografischen Wandel nicht nur mit politischen Instrumentendebatten zu begegnen. Wir sind ja sehr versiert darin, die Dinge bis ins kleinste technokratische Detail zu verkleinern, sodass am Ende nichts

übrig bleibt von der Herausforderung. Das lässt so ein Buch wie Ihres nicht zu. Ihren Argumenten muss man sich stellen: Stimmt das? Stört mich die Formulierung oder provoziert sie mich? Oder ist in der Sache nicht ein Kern Wahrheit, mit dem ich mich beschäftigen muss? Provokation ist etwas Wunderbares. Das ist ja das, was uns auch am Kabarett gefällt, es bringt uns mit Übertreibung oder bestimmten Formulierungen dazu, unsere grauen Zellen in Bewegung zu setzen und uns Argumenten zu stellen. Für die Sozialdemokratie – übrigens für die Friedrich-Ebert-Stiftung auch – ist etwas anderes, als Kraft der Aufklärung zu sein und sich mit Argumenten auseinanderzusetzen, keine vernünftige Alternative.

Es muss sich auch etwas an der Kultur des Voneinander-Lernens in Deutschland ändern. Denn wir können von den Jungen richtig etwas lernen, zum Beispiel Toleranz, die ist bei ihnen oft ausgeprägter als bei Alten. Wenn Sie sich in Deutschland umgucken, ist unser Problem nicht die Vielfalt, sondern eher – wenn wir ehrlich sind – die Einfalt. Das gilt zum Beispiel auch für die Flüchtlingsdebatte. Wenn Sie sich angucken, mit welchem Feuereifer Flüchtlingskinder, die zum Teil schlimme Erlebnisse hinter sich haben, die Sprache lernen und sich integrieren. Das soll eine Bedrohung für Deutschland sein? Es ist doch eine riesige Chance, ein Land der Hoffnung zu sein und keines mehr, vor dem die Menschen Angst haben. Kinder haben keine Vorurteile. Die werden ihnen von Erwachsenen beigebracht. Das heißt, wenn die Älteren ihren Zynismus gegen einen Teil der Unbefangenheit der Jungen tauschen

würden, dann könnte das in der Politik sehr helfen. Denn Politik bedeutet nach meinem Verständnis auch, mit Leidenschaft für Dinge einzutreten, die man richtig und wichtig findet und die man deshalb durchzusetzen versucht. Und nicht, abgeklärt daherzukommen und zu sagen: Hab ich schon zehnmal gehört, taugt sowieso nichts, ich weiß alles besser. Ich glaube, dass Menschen, die so daherkommen, wenig Chancen haben, auf Dauer erfolgreich zu sein oder vernünftige Dinge zu tun. Insofern ist das Buch auch eine Anregung für einen anderen Politikstil.

Sie haben, finde ich, mit Ihrem Buch ein Schlaglicht auf den beschriebenen Wandel und auf die Repräsentationsprobleme geworfen. Und Sie haben das in einer Zeit getan, in der es so sehr notwendig geworden ist, dass Grundsatzfragen wieder mit Leidenschaft debattiert werden. Wenn Sie heute mit jungen Leuten reden, dann wollen die mit Ihnen nicht nur darüber sprechen, wie wir die Flüchtlinge, die zu uns kommen, unterbringen. Sie wollen auch Antworten auf grundsätzliche Fragen: Warum müssen die eigentlich flüchten? Warum liefern wir Waffen in Diktaturen und Spannungsbereiche? Warum schmeißen wir Lebensmittel bei uns weg und anderswo verhungern Menschen? Warum tun wir so, als hätten wir einen zweiten Globus? Das sind Fragen, die junge Leute berechtigterweise stellen und die auch eine Rolle spielen müssen in unserer Politik: vom Kreistag bis zu Land, Bund und Europa – allemal, wenn man eine Bewegung der Aufklärung sein will. Insofern finde ich Ihren Grundgedanken, auch wenn ich nicht jedem einzel-



nen Punkt zustimmen mag, so wichtig: die Kraft zu nehmen, die daherkommt, die Kraft, die wir dringend brauchen, die Kraft der Erneuerung, die da ist. Das muss übrigens nicht immer eine Frage von Alt oder Jung sein. Es gibt ja auch Alte, die viel jünger sind als manche Junge. Und es gibt manche Junge, die schon verdammt alt sind, wie Sie selbst feststellen. Insofern verstehe ich Ihr Buch keineswegs als Anklageschrift gegen eine Generation, der ich inzwischen auch angehöre. Sondern ich glaube, die Jury hat mit der Entscheidung, dieses

Buch für die Ehrung „Das politische Buch“ 2017 auszuwählen, ihren Teil dazu beigetragen, diese wichtige Debatte anzuführen.

In diesem Sinne ist das Buch ein guter Anstoß und eine gelungene Wahl. Ich gratuliere Ihnen, und ich gratuliere der Jury. Ich freue mich darüber, dass Ihr Buch und die Preisverleihung Anlass sind, über wichtige, grundlegende Fragen unserer Gesellschaft zu reden, was wir viel zu selten tun. Vielen herzlichen Dank!



# Das politische Buch 2017

Berlin, 10. Mai 2017



## Laudatio – Begründung der Jury

**Dr. Klaus Hohlfeld**  
Sprecher der Jury „Das politische Buch“

Sehr verehrter Herr Gründinger, meine Damen und Herren! Die Jury hat für die diesjährige Preisverleihung das Buch von Wolfgang Gründinger mit dem schlagkräftigen Titel „Alte Säcke Politik“ ausgewählt. Es handelt sich dabei um ein Buch, das besonders signifikant für die aktive Rolle steht, die politische Literatur spielen kann. Das Buch charakterisiert nicht nur Sachverhalte. Es zielt auf Veränderung. Es richtet sich an Politikerinnen und Politiker und an eine politisch aktive Öffentlichkeit. Es ist eine Streitschrift, die es darauf anlegt, auf geistreiche Weise, mitunter provozierend, kritische Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wolfgang Gründinger nimmt die Tatsache aufs Korn, dass sich

die Politik und die Werbung um politische Mandate in hohem Maße auf die große Zahl der Wählerinnen und Wähler beziehen, die nicht mehr ganz so jung sind und für die die Weichen schon weitgehend gestellt sind. Doch eine Politik, die es um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft geht, muss anders aussehen. Sie sollte sich mehr auf die Generation einstellen, die zukünftig das Bild der Gesellschaft bestimmt: die nachwachsende Generation. Wie diese notwendige Politik aussehen könnte, die die nachwachsende Generation im Fokus hat, dafür bringt Wolfgang Gründinger eine Fülle überzeugender Beispiele und Anregungen. Das Buch wirbt nicht nur für einen grund-

legenden Perspektivwechsel von Alt zu Jung. Es richtet den Blick damit auch auf eine andere Grundtatsache des Politikbetriebs. Im notwendigen politischen Wettbewerb der Parteien stehen meist nur immer die nächsten Wahlen vor Augen, die nächste Legislaturperiode der Parlamente. Das sind Zeiträume von jeweils höchstens fünf Jahren. Wenn es aber um die Gestaltung von Zukunftsperspektiven für die junge Generation geht, muss unbedingt in größeren Zeitspannen gedacht und gehandelt werden. Der Zeitraum von der Kita über die Schulen bis hin zu Berufsbildung oder Hochschulstudium erstreckt sich mindestens über 20 bis 25 Jahre. Eine verantwortungsvolle Politik, die sich an den Interessen junger Menschen orientiert, ist nur im Bewusstsein solcher Zeiträume zu leisten. Dafür wirbt das Buch, das wir heute auszeichnen. Die Jury besteht in ihrer Mehrzahl aus Bibliothekarinnen und Bibliothekaren. Wir sind in öffentlichen oder wissenschaftlichen Bibliotheken tätig oder waren es einige Jahrzehnte lang. Weit über ein Drittel der Benutzerinnen und Benutzer von Bibliotheken sind junge Menschen: Schülerinnen und Schüler, Studierende, junge Erwachsene in den entscheidenden Phasen ihrer beruflichen Qualifizierung. In Bibliotheken finden sie nicht nur die traditionellen Druckerzeugnisse, sondern hier wird auch der Umgang mit digitalen Medien praktiziert, der für junge Menschen selbstverständlich ist und von Wolfgang Gründinger überzeugend beschrieben wird. Die Förderung der Bibliotheken ist daher auch ein Stück Zukunftssicherung

im Sinne des Preisträgers und im Sinne der Jury. Ich verlese nun die offizielle Begründung der Jury für den Preis: „Wo bleibt die Freundschaftsanfrage der Politik an die junge Generation?“ lautet eine provozierende Frage des Sozialwissenschaftlers und Publizisten Wolfgang Gründinger. Seine Streitschrift kritisiert eine Politik, die oft einseitig die zahlenmäßig starke Generation der Babyboomer der Jahrgänge 1955 bis 1970 in den Fokus nimmt und dabei Fragen der Zukunftsgestaltung aus dem Blick verliert. Da es aber eigentlich um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, die Chancen der Kinder und Jugendlichen gehen sollte, plädiert Gründinger eindringlich für einen Paradigmenwechsel hin zu den Belangen der nachkommenden Generation und prüft weite Felder in Politik und Gesellschaft auf ihre Zukunftsfähigkeit: Renten, Löhne, Digitalisierung, Bildung, Steuersystem. In den Technikrückständen in Deutschland sieht er eine Hypothek für die junge Generation. Mit Panikmache und Ablehnung der digitalen Medien torpedierten Teile der tonangebenden Generation die digitale Transformation, die für die Jüngeren längst zur Lebensrealität gehört. Die finanzpolitische Ideologie der „schwarzen Null“ diene zwar dem Ausgleich der Haushalte, verhindere aber notwendige Zukunftsinvestitionen. Chancengleichheit und die Beseitigung der sozialen Schere innerhalb und zwischen den Generationen sind für Gründinger zentrale Herausforderungen einer progressiven Politik, auch und gerade im Bildungsbereich. Die Jugend, die Gründinger vor vielerlei

Vorurteilen in Schutz nimmt und für die er ein früheres Wahlrecht fordert, ruft er auf, aktiv ihre Interessen zu artikulieren, und hofft dabei auch auf die Unterstützung der kritischen, engagierten Großelterngeneration, der Opa-APO, wie er sie nennt.

Das Buch ist ein geistvoller, Streitbarer und brillant geschriebener Beitrag zur notwendigen Debatte über einen zukunftsfähigen, generationengerechten Gesellschaftsentwurf. Der Autor bezieht klar Stellung für die junge Generation und will gleichzeitig, anders als es der Buchtitel vermuten lässt, die Älteren für

eine gemeinsame progressive Zukunftsvision gewinnen.

Die frechen, herausfordernden Formulierungen treffen einen empfindlichen Nerv unserer Politik und Gesellschaft.

Im Namen der Jury beglückwünsche ich Sie, Herr Gründinger, zu Ihrem Buch und dem Preis. Schreiben Sie weiter, Herr Gründinger: frech, provozierend, gegen den Strich – aber immer im Sinn und Geist der Sozialen Demokratie.

Wir sind gespannt, was von Ihnen noch alles so kommen wird. Unsere Sympathien haben Sie.



Bild: Gütersloher Verlagshaus

## Die Begründung der Jury

„Wo bleibt die Freundschaftsanfrage der Politik an die junge Generation?“ lautet die provozierende Frage des Sozialwissenschaftlers und Publizisten Wolfgang Gründinger. Seine Streitschrift kritisiert eine Politik, die oft einseitig die zahlenmäßig starke Generation der „Baby-Boomer“ der Jahrgänge 1955 bis 1970 in den Fokus nimmt und dabei Fragen der Zukunftsgestaltung aus dem Blick verliert. Da es aber eigentlich um die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, die Chancen der Kinder und Jugendlichen gehen sollte, plädiert Gründinger eindringlich für einen Paradigmenwechsel hin zu den Belangen der nachkommenden Generationen und prüft weite Felder in Politik und Gesellschaft auf ihre Zukunftsfähigkeit: Renten, Löhne, Digitalisierung, Bildung, Steuersystem.

In den Technikrückständen in Deutschland sieht er eine Hypothek für die junge Generation. Mit Panikmache und Ablehnung der digitalen Medien torpedierten Teile der tonangebenden Generation die digitale Transformation, die für die Jüngeren längst zur Lebensrealität gehört. Die finanzpolitische Ideologie der „schwarzen Null“ diene zwar dem Ausgleich der Haushalte, verhindere aber notwendige Zukunftsinvestitionen. Chancengleichheit und die Beseitigung der sozialen Schere – innerhalb und zwischen den Generationen – sind für Gründinger zentrale Herausforderungen einer progressiven Politik, auch und gerade im Bildungsbereich. Die Jugend, die Gründinger vor vielerlei Vorurteilen in Schutz nimmt und für die er ein früheres Wahlrecht fordert, ruft er auf, aktiv ihre Interessen zu artikulieren – und hofft dabei auch auf die Unterstützung der kritischen, engagierten Großelterngeneration, der „Opa-APO“.

Das Buch ist ein geistvoller, Streitbarer und brillant geschriebener Beitrag zur notwendigen Debatte um einen zukunftsfähigen, generationengerechten Gesellschaftsentwurf. Der Autor bezieht klar Stellung für die junge Generation und will gleichzeitig, anders als es der Buchtitel vermuten lässt, die Älteren für eine gemeinsame progressive Zukunftsvision gewinnen. Die frechen, herausfordernden Formulierungen treffen einen empfindlichen Nerv unserer Politik und Gesellschaft.



© Reiner Zensen/FES

Dr. Klaus Hohlfeld  
Sprecher der Jury



© Jan Meier

Barbara Lison



© Reiner Zensen/FES

Werner Stephan



© privat

Jens Hundrieser



© Reiner Zensen/FES

Wolfgang Budde-Roth



© Bucherverband Österreichs (bvö)

Gerald Leitner



© Dirk Vogel/privat

Dr. Annette Kasper



© SFI, Bremen

Horst Baracewski



© Universitäts- und Landesbibliothek Münster

Dr. Beate Tröger



## Rede des Preisträgers

### Wolfgang Gründinger

Liebe ehemalige Jugendliche, liebe künftige Rentnerinnen und liebe künftige Rentner! Wenn ich zu Podien eingeladen werde, dann lautet die erste Frage, die uns gestellt wird, meistens: Beuten die Alten die Jungen aus? Oder alternativ: Leben die Alten auf Kosten der Jungen? Meine Aufgabe soll dann immer sein – ich bin meistens der Jüngste, obwohl ich mittlerweile auch 32 Jahre alt bin –, gegen die Alten Krieg zu führen, ihnen den Krieg zu erklären.

Dann geht es mir wie Kurt Beck. Ich denke an meine Oma, an meine Mutter und frage mich: Würde meine Großmutter mich ausbeuten? Lebt meine Mutter auf meine Kosten? Ich glaube nicht. Deswegen ernte ich

meistens irritierte Gesichter, wenn ich dann frei heraus sage: Nee! Die leben nicht auf meine Kosten. Die beuten mich nicht aus.

Aber ich glaube zugleich, dass die Frage falsch gestellt ist, denn man kann sie gar nicht beantworten. Die Frage führt in die Irre.

Ich nehme ein Beispiel, um das zu verdeutlichen: Beim Gender Pay Gap, also der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen, diskutieren wir doch auch nicht darüber, ob die Männer die Frauen ausbeuten oder die Männer auf Kosten der Frauen leben. Tun sie vielleicht sogar, aber wir stellen die Frage so nicht, weil die so ja gar nicht zu beantworten ist. Zumindest habe ich die Frage so noch nie gehört.

Dazu kommt ja auch bei dieser Diskussion: Ich, als individueller Mann, kann ja ziemlich wenig dafür, dass Frauen in dieser Republik 6 Prozent oder 20 Prozent im Durchschnitt, je nachdem, ob man den bereinigten oder nicht bereinigten Gender Pay Gap wählt, weniger verdienen als der durchschnittliche Mann. Also würde ich doch als Angriffsfläche irgendwie wegfallen. Aber dennoch nimmt man die Generationen-debatte oft so wahr, als würden hier Alt und Jung gegeneinander in Stellung gebracht und gegeneinander ausgespielt. Das würde übrigens gar keinen Sinn machen aus der Sicht der jungen Generation, weil wir zu wenige wären, um diesen Krieg der Generationen zu gewinnen.

Wenn wir die Generationen gegeneinander ausspielen, würden die Jungen verlieren, und die Jungen würden gegen die Alten ausgespielt werden – und nicht andersherum.

Es ist aber auch falsch zu sagen: Es gibt keine Konflikte zwischen Alt und Jung. Das ist zu kurz gegriffen. Das ist eine legitime Analyselinie, über die wir reden müssen, über die wir streiten müssen. Genauso, wie es Konflikte gibt zwischen Männern und Frauen, zwischen Schwarz und Weiß, zwischen Menschen, die schon länger hier sind, und denen, die neu zu uns kommen, zwischen Arm und Reich. Der Unterschied bei der Frage nach dem Generationenverhältnis ist natürlich: Man wird nicht alt geboren, auch die Alten waren einmal jung, auch wenn sie es manchmal nicht wahrhaben wollen. Und die Jungen wollen alt werden, auch wenn sie vielleicht niemals alt sein möchten. Das ist ein wichtiger Unterschied.

Die Natur der anderen Konflikte ist eine ganz andere. Denn als Schwarzer oder Weißer wird man geboren, bleibt es sein Leben lang. Als Mann oder Frau wird man geboren und – so muss man heute hinzufügen – bleibt es meistens auch ein Leben lang. Als Armer oder Reicher wird man auch geboren und bleibt es – meistens – ein Leben lang. Denn in kapitalistisch verfassten Gesellschaften ist die soziale Mobilität bekanntlich gering, und in Deutschland ist sie sogar in den letzten beiden Jahrzehnten noch gesunken. Insofern ist der Konflikt der Generationen von der Natur der Sache her ein völlig anderer. Er findet trotzdem statt und ist kein neoliberales Ablenkungsmanöver. Denn es gibt tatsächlich unterschiedliche Zugänge zu Ressourcen und zu politischer Macht zwischen Alt und Jung. Die äußern sich zum Beispiel darin, dass mehr über Altersarmut und Rente diskutiert wird als über Kinderarmut und Kinder. Der SPD-Abgeordnete Marco Bülow hat vor Kurzem eine Analyse der großen Talkshows in Deutschland vorgelegt. Er hat sich deren Themen genauer angeguckt und unter anderem festgestellt: Über Rente und über Altersarmut wird doch sehr regelmäßig diskutiert – was ich aus eigener Erfahrung weiß. Ich war schon bei drei großen Talkshows zum Thema Rente. Aber Marco Bülow hat auch festgestellt: Über Kinderarmut wurde genau null Mal diskutiert. Auch das weiß ich aus eigener Erfahrung. Ich darf immer über Rente reden, aber nicht über Kinderarmut.

Das setzt sich natürlich fort in der politischen Aufmerksamkeit des Landes, denn dort haben die Alten eben

die Nase vorn, obwohl Kinderarmut heute ein wesentlich gravierenderes Problem darstellt als Altersarmut. Die Zahl der Kinder in Hartz-IV-Familien ist gestiegen, obwohl die Zahl der Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfänger gesunken ist. Das weiß kaum einer. Das interessiert auch kaum einen. Im Wahlkampf, das verspreche ich euch und Ihnen, wird es wieder um die Rente gehen, wieder um Altersarmut und nicht um Kinder und Kinderarmut. Wir haben außerplanmäßige Rentenerhöhungen beschlossen in dieser Legislaturperiode von insgesamt 14 Milliarden Euro pro Jahr. Alles vom Grundsatz her akzeptable Reformen, die aber im Detail zulasten der Jungen gehen – hier tatsächlich einmal wortwörtlich. Denn es blieben für die Erhöhung des Kindergeldes nur 400 Millionen Euro übrig. Das sind politische Prioritätensetzungen. Die finde ich kritikwürdig, über die müssen wir mal streiten. Natürlich ist niemand gegen Kinder. Das wäre so, als wäre man gegen Frieden oder gegen Gerechtigkeit oder gegen Freiheit. Aber die Solidarität der Generationen endet dann doch meistens bei den eigenen Kindern. Die sollen es nämlich, wenn man das Geld hat, gut haben. Sie bekommen bereits bei der Geburt ein Sparbuch in die Wiege gelegt. Sie sollen auf die besten Schulen gehen, die besten Praktika haben usw. Die Kinder anderer Leute aber, die sollen die eigenen Kinder bei ihrem Lebenslauf am besten nicht behelligen. Also: Die Solidarität ist eine sehr dynastische. Sie gilt oft nur den eigenen

Kindern und Enkeln – obwohl doch die Kinder anderer Leute, die vielleicht nicht so viel Geld haben, die Solidarität der Gesellschaft am dringendsten bräuchten. Deswegen auch mein Plädoyer für Luxus-Kitas und Eliteschulen für alle und nicht nur für die oberen Etagen der Gesellschaft. Und genau das meine ich auch mit dieser Metapher der „Alte Säcke Politik“: eine Politik, bei der die Werte, die Wünsche, die Interessen der Jungen untergehen. Nicht, das haben meine Vorredner schon ausgeführt, weil sich eine homogene Masse der Alten in boshafter Absicht verschworen hätte gegen die Jungen, sondern weil die Macht der Älteren aufgrund ihrer schieren Zahl und ihrer ungleich höheren Ausstattung mit Zeit, Kapital und Netzwerken ihre Interessen auch strukturell stärkt. Johanna Uekermann, Juso-Bundesvorsitzende, hat beim Juso-Bundeskongress 2014 gesagt: „Wir kämpfen für eine Politik, die sich nicht von den alten Säcken treiben lässt, sondern die alten Säcke endlich vertreibt.“ – Ob man die alten Säcke wirklich vertreiben muss? Ob das nicht eine zu spitze Metapher ist? Darüber können wir auch streiten. Ich bedanke mich bei Klaus Hohlfeld und bei der Jury dafür, dass sie die junge Generation nicht vergessen haben. Ich freue mich ganz besonders über diesen Preis „Das politische Buch“ 2017 – weil er zeigt, dass Sie alle die junge Generation nicht vergessen haben, Sie alle, die heute hier sind. Herzlichen Dank dafür!





## Podiumsgespräch „Politik für die Zukunft?“

—  
**Dr. Ralf Stegner; Wolfgang Gründinger;  
 Luisa Boos, Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg  
 Moderation: Alina Fuchs, Friedrich-Ebert-Stiftung**

**Alina Fuchs:** Meine Damen und Herren, auch von meiner Seite noch mal ein ganz herzliches Willkommen an diesem Nachmittag. Als dritte Diskutantin begrüße ich jetzt ganz herzlich Luisa Boos. Sie ist Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg, war zuvor Vize-Landeschefin der Jusos und ist 32 Jahre jung. Frau Boos, als junge, parteipolitisch engagierte Frau sind Sie eine Ausnahme, wie wir heute schon mehrfach gehört haben. Was motiviert denn eine junge Frau, sich so der Politik zu widmen, wie Sie es tun?

**Luisa Boos:** Ich glaube, jeder hat seine eigene Geschichte, die dann zu einer Welle der Politisierung führt. Wenn man einmal angefangen hat mit Politik, dann ist ja oftmals gar kein Entkommen mehr. Bei mir hat die Politisierung stattgefunden, als ich noch sehr jung war. Genau genommen in der Grundschule und zu Beginn des Jugoslawienkriegs, als Familienangehörige von uns zu uns nach Deutschland flüchteten. Das Nein Schröders zum Irakkrieg, also die großen Fragen von Krieg und Frieden waren für mich immer die entscheidenden und haben mich auch in die SPD

geführt. Für mich war es eine persönliche Schmerzerfahrung. Der Irakkrieg hat mich einfach bewegt und seine Begründung war für mich nicht verständlich. Und gerade die jungen neuen Mitglieder, die jetzt zu uns kommen, erzählen von einer doppelten Schmerzerfahrung: einmal der Brexit, der sie wirklich geschmerzt hat, weil sie sich das nicht vorstellen konnten, und dabei auch zu sehen, dass sich junge Menschen zu wenig an der Wahl beteiligt haben. Und dann die Wahl des US-Präsidenten. Da kommt bei vielen das Gefühl auf: Ich muss jetzt was machen! Ich glaube, es sind oft die großen Fragen und die Fragen, die wehtun, die am Ende dazu führen, dass junge Menschen sich tatsächlich engagieren. Mal abgesehen von den ganz konkreten Anliegen wie: Ich möchte gern einen Skaterplatz oder einen Treffpunkt irgendwo haben. Das kommt auch immer wieder vor, aber viele, die in der Politik aktiv werden, wollen die Welt retten und kommen dann in Strukturen, in denen sie irgendwie verwaltet werden sollen. Das clasht manchmal.

**Alina Fuchs:** Wie kann man in der Politik weg vom Klein-Klein der Strukturen und hin zu einer Beschäftigung mit den großen Fragen kommen?

**Dr. Ralf Stegner:** Ich glaube, dass einfach Raum für Beteiligung gegeben werden muss. Politik ist manchmal so organisiert, dass wir irgendwie Dinge für andere regeln. Wir sind da sehr paternalistisch. Oder wir diskutieren darüber, wie andere versorgt werden können. Aber die meisten Menschen wollen gar nicht versorgt werden, sondern die wollen beteiligt werden. Deswegen: Junge Leute zu beteiligen, ihnen Foren zu geben, ist wichtig. Wir haben zum Beispiel einmal angefangen, Mitwirkungsrechte von Jugendlichen in den Gemeinden zu organisieren. Ich kann mich an viele Debatten mit Konservativen erinnern. Die nennen das Bürokratie. Warum sollten wir die Kommunen zwingen, so etwas zu tun? Die Antwort ist ganz einfach: weil sie es freiwillig nicht machen. Also haben wir solche Dinge eingeführt. Es gibt Jugendparlamente etc. Es gibt Jugendaustausch. Die Antwort auf das, was in Europa momentan stattfindet, müsste doch Jugendaustausch sein – viel mehr als bisher.

Das sind Möglichkeiten, wie man sich Gehör verschafft über das hinaus, was die jungen Leute einfach selber tun. Denn wenn man sich in den sozialen Netzwerken umguckt, dann sieht man, viele jungen Menschen brauchen niemanden, der sich für sie artikuliert; die machen das einfach selber.

Vielleicht sollten wir das wichtiger nehmen und nebenbei bemerkt auch mehr Toleranz aufbringen für die Kräfte, die ein junger Mensch in sich hat, der sagt: Ich will manche Sachen einfach nicht akzeptieren, nicht so hinnehmen ...

Ich bin in Rheinland-Pfalz groß geworden. Meine Eltern hatten eine Gastwirtschaft. Ich hatte vier Geschwister. Lernmittelfreiheit gab es in dem jahrzehntelang von der CDU regierten Land nicht. Ich konnte nur aufs Gymnasium gehen, weil ich mit der Straßenbahn über den Rhein nach Mannheim fahren konnte. Auch ein junger Kerl wie ich hat da begriffen: Irgendwie ist das nicht okay, dass der Schulbesuch daran hängt, ob das der Geldbeutel deiner Eltern zulässt oder nicht. Das ist ein Impuls, der

geblieben ist und der dazu geführt hat, dass ich mich engagieren wollte. Diese Art von Motivation gibt es auch heute noch.

Herr Gründinger hat vorhin von Kinderarmut gesprochen. Dass es in so einem reichen Land wie Deutschland das Wort überhaupt gibt, ist eigentlich nicht verständlich. Und wer mit der Erfahrung aufwächst, marginalisiert zu sein, nicht berücksichtigt zu werden, der wächst nicht auf in einer Umgebung, die demokratische Mitwirkung bejaht. Auch deswegen gibt es gute Gründe, solche Zustände zu ändern.

**Alina Fuchs:** Bleiben wir kurz bei der Forderung, Räume für die Beteiligung junger Menschen zu schaffen. Herr Gründinger, Sie machen in Ihrem Buch ja ganz konkrete Vorschläge. Welche Strukturen wünschen Sie sich, damit mehr Beteiligung ermöglicht wird?

**Wolfgang Gründinger:** Nehmen wir mal eine Partei. Eine Partei ist normalerweise organisiert entlang der Ortsvereine. Im Ortsverein wird meistens diskutiert über Dinge wie das Kreiskrankenhaus. Der Altersdurchschnitt liegt ungefähr bei 60. Ein junger Mensch, der sich dorthin verirrt, kommt meistens nicht wieder. Wenn er sich engagieren möchte, zum Beispiel zum Thema Digitalpolitik, hat er kaum eine Chance, sich einzubringen, weil es einfach an thematischen Foren fehlt, sich projektbezogen und themenbezogen zu beteiligen. Selbst in Berlin ist das schwierig, einer Stadt, die



relativ jung, relativ digital ist. Solche Strukturen gibt es in Parteien eher embryonal, auch bei solchen Parteien, die eigentlich den Fortschritt gestalten und nicht verhindern möchten.

Weiter geht es mit dem Wahlrecht. Jeder Bürger in Deutschland, jede Bürgerin darf wählen, egal wie reich, arm, dumm, schlau, alkoholabhängig usw. er oder sie ist. Nur die unter 18-Jährigen schließen wir pauschal und willkürlich von dieser Beteiligung aus.

Das Dritte ist: Es gibt ziemlich viele Gremien und Kommissionen in Deutschland. Es gibt unter anderem den ZDF-Fernsehrat, der relativ groß ist. 60 Leute sind da drin, die das ZDF beraten sollen in der Programmgestaltung. Der Jüngste ist Leonhard Dobusch, ein österreichischer Professor; dann kommt Christian Lindner – und dann kommt lange niemand. Deswegen verwundert es auch nicht, wenn das ZDF – ganz offiziell – alle Zuschauerinnen und Zuschauer unter 50 als „junge Zielgruppe“ definiert. Und sogar das Bundesjugendkuratorium, das von der Bundesjugendministerin eingerichtet worden ist, ist ein Bundesaltenkuratorium. Das ist Etikettenschwindel. Es sind vor allem Alte drin.

Auch ältere Menschen haben etwas zu sagen, keine Frage. Sie sind sehr häufig altersweise. Es gibt aber auch das andere, nämlich die Alterssturheit und die Alterstorheit. Ich finde, zumindest bei solchen Gremien wie dem ZDF-Fernsehrat oder dem Bundesjugendkuratorium oder dem Nachhaltigkeitsbeirat sollten junge Menschen unter 50 repräsentiert sein.

**Alina Fuchs:** Das hieße, wir reden über so etwas wie Jugendquoten in bestimmten Gremien. Wie sieht es in der Partei aus, Herr Stegner? Könnten Sie sich eine Jugendquote vorstellen, ähnlich der Geschlechterquote?

**Dr. Ralf Stegner:** Wir haben solche Beschlüsse – nicht im Sinne von Jugendquote, sondern dass wir mehr junge Leute berücksichtigen wollen. Und im Übrigen schafft man das meiner Meinung nach nur, wenn es Chefsache ist. Ich finde das anregend, was Sie sagen, aber in Teilen ist die Wirklichkeit ganz so schlecht nicht, wie Sie sie beschreiben. Es gibt solche Ortsvereine ganz gewiss, wie Sie sie dargestellt haben, leider. Aber ich kann sagen: Wir machen Konvente für neue Mitglieder, zu denen wir die Menschen einladen und sie fragen: Was gefällt euch nicht an den Parteistrukturen, was wollt ihr ändern? Was sind die Gründe dafür, dass junge Leute wieder austreten? Das machen wir, weil wir wissen, dass es notwendig ist. Ich habe mit Quoten allerdings Schwierigkeiten, weil wir uns am Ende, wenn wir noch ein paar weitere Quoten einführen – ich lehne überhaupt nicht die Geschlechterquote ab, um jedem Missverständnis vorzubeugen, ohne die hätte sich manches nicht bewegt –, die demokratische Wahl sparen können. Wir müssen versuchen, auch auf anderem Wege dazu zu kommen, dass man das, was man richtig findet, auch tut.

Man braucht Quoten gelegentlich als Anstoß, um Dinge in Gang zu setzen. Aber es ist nicht das richtige Prinzip, sondern das Prinzip muss demokratisch bleiben. Ich set-

ze auch da auf die Kraft der Aufklärung, denn wenn wir nicht für die Jugend sorgen, dann sehen wir auf die Dauer verdammt alt aus. Insofern haben Sie recht, den Anstoß zu geben. Aber Ihre Einschätzung ist übertrieben – selbst die Bemerkung zum ZDF, obwohl sie lustig klingt. Es wird ja auch gescherzt, dass die die Zuschauer und Zuschauerinnen unter 30 alle persönlich kennen. Ganz falsch mag das nicht sein. Aber das ZDF weiß sehr wohl, dass, wenn es am Markt bleiben will, Veränderungen nötig sind und dass man über Kinder- und Jugendkanäle diskutieren muss. Recht gebe ich Ihnen in einem Punkt: Wenn Gremien sich mit bestimmten Zukunftsfragen beschäftigen und es ist überhaupt kein junger Mensch dabei, dann konterkariert sich das in der Tat selbst. Da haben Sie recht. Solche Missstände muss man ansprechen. Ein Kabarettist hat einmal in einem anderen Zusammenhang – über eine Debatte über den Paragraphen 218 – gesagt: „Da sind ja nur Männer auf der Bühne! Was haben eigentlich die Frauen damit zu tun?!“ Solche Diskussionen gibt es gelegentlich, und man wundert sich in der Tat darüber. Aber generell liegt die Lösung nicht in der Verquotierung unserer Demokratie. So wird sie ausgehöhlt. Das können wir, glaube ich, nicht machen.

**Wolfgang Gründinger:** Jugendquote und Geschlechterquote sind ja gar kein Widerspruch. Es gibt ja auch junge Frauen.

**Luisa Boos:** Beim Thema Quote finde ich die Debatte, die dahinterliegt, interessanter. Worum es eigentlich geht, ist, einen Kulturwandel herbeizuführen. Da ist doch die entscheidende Frage: Wie schaffen wir einen Kulturwandel? Brauchen wir vielleicht eine Quote, um ihn an der einen oder anderen Stelle tatsächlich zu erzwingen? Bei der Jugendquote weiß ich es nicht so genau. Ich weiß aber auf jeden Fall, dass junge Menschen absolut unterrepräsentiert sind, und das führt auch wirklich zu verzerrten Diskussionen an der einen oder anderen Stelle. Um Ihnen ein Beispiel zu geben: Ich bin regelmäßig in unserer Landtagsfraktion (aufgrund unseres Wahlrechts: 19 Männer, 2 Frauen). Wenn ich dort zu Gast bin, bin ich deutlich die Jüngste. Wenn dort über bezahlbaren Wohnraum diskutiert wird, bin ich oft auch die Einzige im Raum, die kein Eigenheim besitzt. Und die Einzige im Raum, die in den letzten Jahren mal eine Wohnung gesucht hat. Natürlich macht das etwas mit einer Diskussion, wenn jeder selbstverständlich von seiner eigenen Lebensperspektive ausgeht und dort den größten Handlungsbedarf sieht. Das macht etwas mit der Debatte und mit der Schwerpunktsetzung. Und wenn ich dann höre: Wir müssen aber auch etwas für diejenigen tun, die ein Eigenheim bauen möchten, dann sage ich: Ja, auf jeden Fall! Aber das große Problem liegt hauptsächlich beim Mietwohnungsmarkt, und da müssen wir zuerst rangehen. Durch unterschiedliche Lebensrealitäten verschieben sich Debatten.

**Alina Fuchs:** Das ist eine wunderbare Überleitung zu der Hauptthese des Buches, dass es einen Zusammenhang zwischen Demografie und Demokratie gibt in dem Sinne, dass es einen Unterschied macht, wer vorne mitentscheidet, für das, was hinten herauskommt. Ihre These ist: Aufgrund der demografischen Gegebenheiten ist

die Politik gegenwartsorientierter, konservierender, wenig zukunftsambitioniert. Ist es wirklich so, dass junge Lebensrealitäten nicht mehr vorkommen, junge Interessen sich nicht durchsetzen? Wenn Sie in einer Runde sagen: So und so sehe ich das als junger Mensch – dringen Sie damit durch?

**Luisa Boos:** Ich habe ja als Generalsekretärin eine gewisse Position und wenn man mit einem offiziellen Mandat unterwegs ist, dringt man auch durch. Ich erlebe unsere Partei auch nicht so verkrustet, als dass man in Gremien wie auf Landesparteitagen – da kann ich auch aus Erfahrung sprechen – nicht den Anliegen und Forderungen, die eine Struktur aufbrechen wollen, Rechnung trägt und dafür durchaus auch Mehrheiten zu generieren sind. Das Problem ist dann aber: Schaffen es junge Menschen in Mandate? Zu wenige. Das ist eine eindeutige Antwort. Und: Wie gehen die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger damit um, wenn sie einen Beschluss umsetzen sollen, der vielleicht gar nicht in ihrem Sinne gefasst worden ist, den sie vielleicht anders gefasst hätten? Da ist dann ein Demokratieproblem, das alle Parteien haben. Ich glaube, das ist der Punkt, an dem viele Menschen auch aussteigen, wenn sie merken: Ich kann zwar etwas bewirken innerhalb einer Partei, aber es ändert sich am Ende des Tages nichts.



**Wolfgang Gründinger:** Es kommt noch dazu, dass auch diejenigen, die Mandate haben und jung sind, eine Politik machen müssen – um gewählt und wiedergewählt zu werden –, die den Interessen ihrer Parteibasis und der Wählerschaft entspricht. Sonst werden sie weder gewählt noch wiedergewählt. Das ist die latente Macht der Älteren, die sich dahin gehend auswirkt, dass jemand, der ein Mandat anstrebt oder dieses bereits besitzt, sich überlegt, was denn die Interessen der Älteren sein könnten, und dann im vorausseilenden Gehorsam genau das tut oder genau das lässt, wovon er oder sie glaubt, dass es die Mehrheit der Älteren will oder eben nicht will.

**Alina Fuchs:** Herr Stegner, ich könnte mir vorstellen, dass Sie das ein bisschen anders sehen.



**Dr. Ralf Stegner:** Ja, in der Tat. Ich mache seit ca. Mitte der 90er-Jahre Politik in Regierungsämtern, in Parlamentsämtern, in Parteiämtern. Wir haben noch nie – noch nie! – so viele Ressourcen und Kraft auf das Thema „Frühkindliche Bildung und Bildung“ verwendet und entsprechende Prioritäten gesetzt. Das ist mit Abstand der

wichtigste Punkt, wohl wissend, dass dort über Lebenschancen entschieden wird. Da gibt es noch einige Mängel. Wir bezahlen die Frauen noch nicht gut genug, die in den Kindertagesstätten hauptsächlich arbeiten, weil wir die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen noch nicht erreicht haben. Das gilt übrigens auch in der Pflege. Dass das absolute Priorität haben muss, das würde ich sofort zugestehen, aber es geht einiges voran. Ich kann mich entsinnen: Als wir Anfang der 90er-Jahre Kita-Gesetze gemacht haben, erzählten einem die Bürgermeister, wie schön es sei, ein Ferrari-Abwassersystem zu haben. Warum solle man Kindertagesstätten bauen? Die Kinder könnten doch auch zu Hause von den Frauen betreut werden. Eine solche Einstellung war jedenfalls in einem konservativen Land wie Schleswig-Holstein um diese Zeit noch vorhanden. Das ist weg. Und das ist ein Erfolg politischer Arbeit und Prioritätensetzung zugunsten der Kleinsten und der Jüngeren.

Eine solche Prioritätensetzung zugunsten besserer Lebenschancen der Jüngeren ist ein gewaltiger Fortschritt. Es gibt aber große Unterschiede zwischen den Parteien, was diese Frage angeht. Für die Sozialdemokratie gilt, dass sie sich hier nicht verstecken muss. Ich sage das nicht, weil Kurt Beck hier sitzt, aber Rheinland-Pfalz ist zum Beispiel ein richtiges Musterland, was das Thema „Frühkindliche Bildung“ angeht. Die Gebührenfreiheit ist hier eingeführt worden. Das sind große Schritte hin zu mehr Lebenschancen für Jüngere, an denen sich andere ein Beispiel nehmen können und über die heute in Wahlkämpfen gestritten wird.

Und am Ende geht es immer um Geld. Die schönen Worte nützen wenig. Auch die schönsten Quoten nützen wenig. Am Ende geht es darum: Werden die Ressourcen zur Verfügung gestellt und haben sie Priorität gegenüber anderen Dingen, die man dann nicht machen kann? Da bauen wir nicht mehr Straßen für die, die einen großen Geländewagen haben und am liebsten noch eine Straße mehr hätten, sondern wir stecken die Ressource eher in frühkindliche Bildung. Insofern würde ich das ganz schwarze Bild schon ein bisschen konterkarieren wollen und sage: Da hat sich in der Politik einiges verändert.

**Wolfgang Gründinger:** Das stimmt, es hat sich etwas bewegt. Es wurde aber durchgesetzt gegen enorme Widerstände.

Schauen wir in die Schweiz. Da gab es vor drei Jahren eine Abstimmung über den sogenannten Familienartikel, sprich darüber, ob der Staat Kinderbetreuung fördern soll oder nicht. Der Schuss ist nach hinten losgegangen. Der Artikel wurde abgelehnt. Die Mehrheit der Älteren war dagegen, die Mehrheit der Jüngeren war dafür. Gisela Erler, die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, sagte: „Zum Glück haben wir eine parlamentarische Demokratie, die repräsentativ ist. Denn wenn wir einen Volksentscheid gehabt hätten über die Einführung öffentlicher Kinderbetreuung, hätte ich das niemals gegen die Alten durchbekommen.“

Das Kita-Qualitätsprogramm des Bundesministeriums ist auf Eis gelegt worden mit der Begründung leerer Kassen. Jetzt ist wieder ein bisschen nachgeschoben worden, es wird ein bisschen was gegeben. Genauso mit dem Kindergeld. Da wurde auch ein bisschen was gegeben. Aber immer sehr spät und gegen harte Widerstände. Man



musste um jeden Euro kämpfen. Inkonsequent, einfach zu wenig, viel zu spät, viel zu zaghaft, das ist meine Kritik. Es passiert ja was. Es wird auch was für Kinder und Jugendliche getan. In einigen Ländern, auch in Schleswig-Holstein – ich war damals sogar beratend im Landtag dabei –, ist das Wahlalter bei Landtagswahlen auf 16 Jahre gesenkt worden. Auch gegen harte Widerstände. Und vieles andere passiert – aber immer sehr spät, sehr zaghaft, sehr wenig.

Ganz anders bei den Renten, dem Symbolthema, wenn es um Alt und Jung geht. Da werden viele Milliarden lockergemacht. Nach dem Wahltag sofort: 10 Milliarden Euro pro Jahr, summiert über die Jahre bis 2020, 2030 sind es 116 Milliarden Euro. Das ist viel Geld, das irgendwoher kommen muss. Und jeder Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Für die Rente mit 63 und für die Mütterrente. Auch meine Mutter profitiert von dieser Mütterrente, weil auch sie den verhängnisvollen Fehler begangen hat, ihre beiden Kinder vor dem berühmten Stichjahr 1992 zu gebären, und nicht noch ein paar Jahre gewartet hat. Sie wird also ungefähr 50 Euro mehr Rente bekommen. Das finde ich gut. Sie hat das als alleinerziehende Mutter auch redlich verdient. Darum geht es ja gar nicht, sondern es geht darum: Das muss irgendwie finanziert werden. Das geht in diesem Fall tatsächlich rein zugunsten der heutigen Rentner und Rentnerinnen und rentennahen Jahrgänge und zulasten der Jungen.

Bei der Ost-West-Rente genauso. Man hat den Menschen in Ostdeutschland erzählt: Ihr bekommt weniger Rente als normal. Stimmt gar nicht. Sie hatten zwar die Minderbewertung bei den Renten, aber auch die Höherbewertung der Löhne. Und was macht man jetzt? Man hat beides gestrichen. Im Endeffekt führt das dazu, dass junge Ostdeutsche eine geringere Rente haben werden als im Status quo ante. Die jungen Ostdeutschen sind hier die Benachteiligten. Darüber wird nicht diskutiert. Das interessiert irgendwie auch gar keinen.

Wir müssten hier einmal versuchen, die Interessen und Wünsche der jungen Generation in den Blick zu nehmen und nicht nur Politik nach den Interessen der Älteren zu machen. Das passiert leider immer noch viel zu häufig. Die haben auch legitime Interessen. Es ist auch in einer Demokratie ganz normal, dass sich größere Gruppen in der Gesellschaft besser durchsetzen können. Aber dann frage ich mich: Wenn Demokratie auch heißen soll, dass sich Minderheiten artikulieren können und auch Gehör finden, dann müssen wir aufpassen, dass in einer älter werdenden Gesellschaft nicht die Jungen zu einer politisch inexistenten Minderheit degradiert werden und ihr Problem dann ist, dass sie zwar physisch existieren, aber nicht mehr politisch.

**Luisa Boos:** Ich finde den Gedankengang spannend und denke, man kann den Blick auch noch erweitern. Gerade beim Thema Kinderarmut habe ich mir beim Lesen des Buches mehrmals danebengeschrieben: Frauen! Frauen! Die Geschichte der Kinderarmut ist ja in Deutschland in weiten Teilen die Geschichte der Alleinerziehenden, und das sind hauptsächlich Frauen. Den Blick darauf zu richten, neben dem Generationenthema, finde ich auch wichtig. Ich bin auch alleinerziehende Mutter eines siebenjährigen Sohnes. Wir haben ein ganz großes Alleinerziehenden-Netzwerk, in dem wir versuchen, uns gegenseitig zu unterstützen, damit wir so leben können,



wie wir es wollen. Das geht nur in Solidarität miteinander. Aber gerade diese Frauen haben ja in den meisten Fällen überhaupt keine Zeit, sich noch irgendwie politisch zu engagieren. Auch im Armuts- und Reichtumsbericht steht ein netter Exkurs zu Kinderarmut und Alleinerziehenden. Es steht explizit darin, dass in der Debatte mit Betroffenen Frauen allgemein und Alleinerziehende im Besonderen absolut unterrepräsentiert waren – man hat also an den betroffenen Menschen vorbeigesprochen. Das ist das nächste Problem.

**Dr. Ralf Stegner:** Ich kann mich anfreunden mit Ihren Wünschen, was Prioritätensetzung angeht. Womit ich mich nicht anfreunden kann, ist die Zustandsbeschreibung, Herr Gründinger. Sie sagen: Es ist so schwer, das durchzusetzen. Ja, das ist Politik! Man muss sich immer gegen andere Interessengruppen durchsetzen. Arbeitnehmerrechte kommen nicht von allein. Die werden durchgesetzt in mühseligen Kämpfen. Und da gibt es übrigens Unterschiede zwischen den Parteien. Auch Ihre Beschreibung der Rentenreform finde ich nicht richtig. Denn das Problem ist, dass viele Menschen nicht abschlagsfrei in Rente gehen können, obwohl sie ihr Leben lang hart gearbeitet haben. Und am Ende bleibt wenig übrig. Um diese Gruppe geht es. Es geht nicht um die, die besonders viel haben, nicht um diejenigen, die als Akademikerinnen spät anfangen zu arbeiten, mit Mitte 20, höhere Gehälter haben und statistisch eine Lebenserwartung, die zehn Jahre höher ist als die von Menschen, die körperlich arbeiten und mit 15 Jahren angefangen haben. Diese pauschale Behauptung, wir täten zu viel für die Rentnerinnen und Rentner und zu wenig für die Kinder, ist zu undifferenziert. Wir tun zu wenig für die Kinder, da bin ich bei Ihnen. Aber es gibt auch nicht die Rentner, sondern es gibt jeweils spezifische Probleme.

Was zu alleinerziehenden Frauen gesagt wurde, ist völlig korrekt. Man muss die Familien so fördern, wie sie sind, und nicht so, wie sie sich mancher wünscht in seinem idyllischen Bild, das er von familiären Lebensverhältnissen hat.

Mir wird hier aber zu viel das eine gegen das andere ausgespielt. Ich würde viel lieber die Frage diskutieren: Lasst uns bitte nicht 25 Milliarden Euro mehr ausgeben für Militäraufrüstung, wie das manche vorschlagen, sondern für frühkindliche Bildung. Aber nicht: Lasst uns, statt bei der Rente etwas zu tun, auf der anderen Seite etwas tun. Das ist für mich nicht die richtige Alternative. Um es andersherum zu sagen: Die Einnahmen lassen sich durchaus erhöhen, wenn diejenigen mit den höchsten Einkommen und Vermögen mehr beitragen. Das ist der richtigere Weg. Aber bei der Verteilung die Generationen gegeneinander auszuspielen, darin liegt meiner Meinung nach nichts Gutes, und zwar nicht nur, weil die Jungen in der Minderheit sind, sondern weil unsere Solidarsysteme darauf angelegt sind, dass die, die jung sind, für die Älteren mit da sind, dass die, die Arbeit haben, für die da sind, die keine Arbeit haben, dass die, die gesund sind, für die mit da sind, die krank und pflegebedürftig sind. Das ist unsere Vorstellung von Solidarsystem. Und das muss bitte so bleiben.



**Alina Fuchs:** Das führt zu einer Frage, die ich ohnehin in die Runde werfen wollte: Chancengerechtigkeit ist ja eine der zentralen Forderungen, die sich durch das Buch zieht, und auch eine zentrale Forderung der Sozialen Demokratie. Wo verlaufen denn eigentlich die zentralen Konfliktlinien? Zwischen den Generationen? Oder ist nicht eher die soziale Ungleichheit das Problem? Wie verhalten sich das Generationenverhältnis und die soziale Ungleichheit zueinander?

**Wolfgang Gründinger:** Es gibt beides. Es gibt den Konflikt zwischen Arm und Reich oder zwischen Arbeit und Kapital. Dies mag auch der primäre Konflikt in der Gesellschaft sein. Aber es gibt auch andere Konflikte oder, um das vielleicht klarer zu sagen, ungleiche Zugänge zu Lebenschancen (dann lässt sich der Begriff „Konflikt“ vermeiden): zwischen Männern und Frauen, zwischen Jung und Alt, zwischen Menschen, die hier geboren sind, und Menschen, die erst später kommen, usw. Die muss man ansprechen. Da bin ich falsch verstanden worden – das passiert mir aber ständig, wenn ich sage: Man muss sich über die Rentenpolitik Gedanken machen und darüber, warum da mit der Rente mit 63 viel Geld ausgegeben wird über Nacht für Menschen, die in der Regel nicht von Altersarmut bedroht sind. Das sind vor allem Männer, 93 Prozent Männer, die eigentlich eine mittlere, also keine geringe Rente haben. Warum wird da so viel Geld ausgegeben und bei den anderen nicht? Das Geld muss auch irgendwoher kommen. Man kann einen Euro nur einmal ausgeben. Dann geht es um gleiche Zugänge zu Lebenschancen. Ich frage mich zum Beispiel auch: Diese Erbengeneration, zu der ich angeblich gehöre – ich glaube, die ist ein großer Mythos. Der durchschnittliche Erbe ist um die 50 Jahre alt. Das ist kein Vererben mehr von alt zu jung. Das ist ein Vererben von sehr alt zu alt. Zugleich erben ja die meisten wenig bis gar nichts. Und nur wenige erben sehr viel. Insofern ist diese Analyse der Erbengeneration ein großer Mythos. Deswegen mache ich mir keine Sorgen um diejenigen Kinder, deren Eltern und Großeltern sehr viel haben – obwohl sie jung sind und ich mich ja dafür einsetze, dass junge Menschen ein besseres Fortkommen haben im Leben.

Ich mache mir Gedanken um diejenigen, deren Eltern weniger haben, denn die haben es schwerer als früher, sich selbst ein eigenes Einkommen, ein eigenes Vermögen zu erarbeiten. Deswegen kann man die Frage von Arm und Reich und die Frage von Jung und Alt auch gar nicht voneinander trennen. Man muss beide gemeinsam diskutieren.

Daher auch mein Plädoyer für eine höhere Erbschaftssteuer, um damit Luxus-Kitas und Eliteschulen für alle zu finanzieren und nicht nur für die oberen Etagen der Gesellschaft.

**Dr. Ralf Stegner:** Was kann es eigentlich Besseres geben, als über die Frage zu reden, wie wir die Ressourcen gerecht verteilen? So lautet zum Beispiel ein konkreter Vorschlag aus jüngster Zeit: Lasst uns endlich aufhören mit der Befristung von Arbeitsverhältnissen. Wie soll man eine Familie gründen, wenn man von einem Zeitvertrag in den nächsten geht? Das ist eine Forderung, über die es Streit gibt zwischen

den Konservativen und uns. Wenn die Befristung von Arbeitsverhältnissen abgeschafft wird, hilft das zwar auch ein paar Älteren, aber vordringlich hilft es Jüngeren. Von einem Praktikum zum nächsten, von einer befristeten Beschäftigung zur nächsten, das geht dann nicht mehr.



Zweitens: Wenn ich etwas für gute Arbeit und die gleiche Bezahlung von Frauen und Männern tue, hilft das in allererster Linie und zunächst mal den Jüngeren. Gleichzeitig ist es ein Beitrag dazu, das zu finanzieren, worüber wir hier reden, ohne den Älteren etwas wegzunehmen, sondern so, dass alle etwas davon haben. Eine Politik, die für wenige viel und für viele wenig tut, ist falsch. Wir müssen für viele etwas tun, und das müssen ein paar wenige, denen es besonders gut geht und die sehr privilegiert sind, verstärkt mitfinanzieren. Das ist Solidarität. Das ist nicht Neid, sondern das ist Solidarität. Deswegen wende ich mich nur gegen die ein bisschen künstliche und pauschale Zuspitzung an der einen oder anderen Stelle. Und ein Problem, über das wir noch nicht gesprochen haben, ist: Wenn Sie zum Beispiel als junger Mensch für das Parlament kandidieren und reinkommen und vielleicht ein, zwei Legislaturperioden drin sind und wieder rausgewählt werden oder etwas anderes machen, ist das mitnichten so, dass die Gesellschaft das prämiert nach dem Motto: Super! Der hat sich engagiert für die Allgemeinheit. Sondern die Wahr-

scheinlichkeit, dass etwas Ordentliches dabei herauskommt, ist relativ gering. Deswegen ist man, wenn man politische Verantwortung trägt, auch dafür verantwortlich, jungen Leuten zu raten: Mach deine Ausbildung erst fertig. Hab einen eigenen Beruf. Steh auf eigenen Beinen. Parlamentarische Arbeit ist kein Zuckerschlecken, es winken nicht immer die Aufsichtsratsposten.

Die Zustandsbeschreibung ist das eine, die Abhilfe ist manchmal ein bisschen komplexer, als nur bösen Willen oder mangelnde Sensibilität zu unterstellen bei denen, die Verantwortung tragen. Ich nehme übrigens Verantwortung sehr ernst. Wenn ich sage: Wir wollen mehr jüngere Leute in Verantwortung bringen, dann heißt das, dass man selber mit dafür sorgen muss, dass das geschieht. Man muss auch dafür sorgen, dass die Chancen, die man selbst bekommen hat, auch anderen offenstehen.

Da bin ich bei dem kulturellen Wandel, von dem vorhin gesprochen wurde. Das ist der richtige Begriff dafür. Manches muss viel weniger mit Gesetzesmechanik oder Quotendynamik passieren als vielmehr mit einer Debatte über kulturelle Veränderungen, die dann zulässt, dass sich junge Leute auch durchsetzen. Das passiert. Schauen Sie sich mal Bürgermeisterwahlen an. Ich habe das in der letzten Zeit beobachtet. Es werden immer häufiger deutlich jüngere Frauen auch in Bürgermeisterämter gewählt, weil die eine Alternative bieten und Dinge anders ansprechen, als andere das tun. In unserem Land gibt es dafür viele Beispiele – ohne große Unterstützung von Seilschaften, sondern einfach mit Einsatz.

**Alina Fuchs:** Frau Boos, deckt sich das mit Ihren Erfahrungen, dass es durchaus ein Bedürfnis gibt nach einem jungen, anderen Politikverständnis, nach einer anderen Art, Politik zu machen?

**Luisa Boos:** Ich glaube schon, ja. Wenn man sich den Verdruss über manche Politikermechanismen anschaut und die Sehnsucht nach anderen Typen, dann zeigt sich das für mich ganz deutlich.

Was ich aber noch mal zur Verteidigung sagen wollte: Ich habe „Alte Säcke Politik“ nicht so verstanden, dass es unbedingt um einen Konflikt zwischen alten und jungen Menschen geht und um einen Verteilungskrieg, der daraus resultiert. Ich lese aus dem Buch vor allem die Kritik am Festhalten an sehr verkrusteten Strukturen heraus – dass man an etwas festhält, weil es schon immer so war, weil man früher auch so unterrichtet wurde oder weil man früher das dreigliedrige Schulsystem hatte oder weil man früher auch nur einen Halbtagskindergarten hatte, wenn überhaupt ... Dass man, wenn man da etwas ändern will, in den Köpfen mancher Menschen auf festgefahrene Bilder stößt. Das wird ja auch von Konservativen immer wieder befördert, zum Beispiel was Schule heute alles sei: die totale Überforderung von Kindern, stundenlang und abgeschoben. Die Vorstellung, was eine Ganztagsgrundschule angeblich ist, ist in den Köpfen vieler Leute so festgefahrene, dass man auch mit jungen Familien darüber diskutieren muss, ob nicht auch das eigene Kind am Ende davon profitieren könnte, ohne dass man deren Lebensmodell infrage stellen will.

Ich komme aus Baden-Württemberg, einem eher konservativ geprägten Bundesland. Rheinland-Pfalz wurde als gutes Beispiel im Hinblick auf den Ausbau von Kinderbetreuung genannt. Wir haben wahnsinnig aufgeholt. Was uns nicht gelungen ist, ist die Beitragsfreiheit. Das ist in Baden-Württemberg wirklich ein absolut verkrustetes Thema. Für einen Halbtags-Kita-Platz habe ich mit Mittagessen 320 Euro bezahlt. Man konnte aber nur bis 13 Uhr arbeiten. Einen Ganztags-Kita-Platz gab es gar nicht. Im Landkreis Böblingen kostet ein Ganztags-Kindergartenplatz über 500 Euro plus Mittagessen. Da sind wir wieder in der Debatte: Wo schaffen wir Armut, wo gar keine sein müsste? Die Alleinerziehende mit geringem Einkommen bekommt vom Jugendamt bzw. Landratsamt die Kosten für Kita und Kindergarten erstattet. Aber das Paar, das versucht, sich gerade etwas aufzubauen, und vielleicht überlegt, ob es noch ein zweites Kind bekommen will, stößt ganz schnell an finanzielle Grenzen. Die beiden sind ganz schnell am Rand der Armutgefährdung angekommen, obwohl dies einfach nicht sein müsste. So habe ich „Alte Säcke Politik“ eben auch verstanden: dass man Bilder im Kopf hat, die man aufbrechen muss. Die können alte Menschen haben, die können junge Menschen haben.

**Wolfgang Gründinger:** Ich möchte das nur kurz kommentieren. Es gibt ja auch genügend alte Menschen, die weniger „alte Säcke“ sind, sondern vielleicht eher „alte Sackhüpfer“. Und es gibt auch junge Menschen, die Zäune und Mauern um das Heute errichten, um dieses Land zu konservieren wie in einem Weckglas, obwohl es eines Weckrufs bedarf. Es ist natürlich etwas komplizierter. Und allein das biologische Lebensalter ist noch lange kein Determinant für eine frische Einstellung. Auch so ist das Buch „Alte Säcke Politik“ zu verstehen: als ein Plädoyer für mehr Veränderungswillen, für Aufbruchsstimmung, mal was Neues und anders zu machen und nicht immer nur im Kleinklein zu verharren und zu glauben: So wie es heute ist, ist es gut. Uns geht es doch so gut! Das Land ist doch ganz gut so, wie es gerade ist. Es darf sich nichts mehr verändern. Nein, wir müssen auch mal etwas anders tun und was Neues anfangen, sonst geht es nicht voran.

**Alina Fuchs:** Dann nehmen wir diesen Aufruf hier auf dem Podium doch mal ernst. Wir sagen jetzt: Wir sind in Deutschland im Jahr 2050. Was ist die größte gesellschaftlich-politische Errungenschaft der letzten 30 Jahre? In einem Satz!

**Luisa Boos:** Schön wäre, wenn wir über bestimmte Dinge nicht mehr diskutieren müssten. Wenn wir zum Beispiel über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht mehr diskutieren würden, weil sich das Problem erledigt hat. Es ist möglich, und jeder kann so leben, wie er oder sie es möchte. Berufstätig sein, aber auch für die Familie da sein. Wenn man einfach mal diese Debatte weghätte, die man schon ewig führt, das fände ich wirklich fortschrittlich.

**Dr. Ralf Stegner:** Wir wären ein Land mit gebührenfreier Bildung von der Kita bis zum Studium oder bis zum Meisterbrief, mit einer Bürgerversicherung für alle und ein Land, in dem niemand mehr aufgrund seines Alters, seiner Religion, seiner Herkunft, seines Geschlechts oder seiner sexuellen Orientierung benachteiligt wird.

**Wolfgang Gründinger:** Deutschland im Jahr 2050 ist ein Bundesstaat in der Europäischen Union. Und wenn man eine Reform macht, bei der es um Kinder geht, dann fragt man die Kinder vorher.

**Alina Fuchs:** Meine Damen und Herren, wir sind am Ende dieser Preisverleihung. Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei unserem Preisträger, bei Ralf Stegner und bei Luisa Boos für diese wirklich anregende, spannende Diskussion. Ich glaube, Sie haben einen kleinen Eindruck davon bekommen, was dieses Buch will und welche wichtigen Debatten es anstößt. Diese Diskussion können wir jetzt im informellen Rahmen fortsetzen. Vielen Dank!



## Liste der empfohlenen Bücher 2017

Anthony B. Atkinson

### Ungleichheit. Was wir dagegen tun können

Klett-Cotta, Stuttgart 2016, 474 Seiten



Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt über 50 Prozent des Weltvermögens. In Zeiten der Ökonomisierung aller Lebensbereiche nimmt die weltweite Ungleichheit zu und schafft hohe Gefahren für das friedvolle und demokratische Miteinander. Anthony B. Atkinson analysiert in seinem allgemeinverständlichen, fundierten, unideologischen und ideenreichen Buch die Ursachen der Ungleichheit und macht praktische Vorschläge für deren Überwindung. Ein Umbau der Bildungs-, Sozial- und Fiskalsysteme scheint dabei unausweichlich – und ohne große Verwerfungen machbar. „Ungleichheit“ ist ein wichtiges Grundlagenwerk zu einem Thema, das uns alle noch lange beschäftigen wird und beschäftigen muss. Atkinsons Appell dazu richtet sich gleichermaßen an Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und an jede\_n Einzelne\_n.

Zygmunt Bauman

### Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache

edition suhrkamp, Berlin 2016, 124 Seiten



Das sehr überzeugende Buch beschreibt klar, wie in der EU neue rechtspopulistische Parteien viele Wähler aus den unteren Mittelschichten gewinnen, die sich als Verlierer der Globalisierung und Europäisierung sehen und den sozialen Abstieg fürchten. Sie sind EU-Gegner, feindlich gegen Fremde und soziale Randgruppen und für einen starken, autoritären Staat. Ein konsequent linkes Programm mit massiver Umverteilung, mehr Arbeitsplätzen, höheren Löhnen usw. soll nach Ansicht der Autorinnen und Autoren die Mehrheit gewinnen. Das ist vielleicht insgesamt utopisch, jedoch im Ansatz auf jeden Fall diskussionswürdig.

Kirsten Boie, Jan Birck

### Bestimmt wird alles gut

Übersetzung ins Arabische von Mahmoud Hassanein

Klett Kinderbuch, Leipzig 2016, 48 Seiten



In diesem parallel auf Deutsch und Arabisch verfassten Bilderbuch erzählt die 10jährige Rajab aus Homs in Syrien die Geschichte ihrer Flucht über das Mittelmeer bis nach Deutschland. Die Erzählperspektive des jungen Mädchens verleiht den Geschehnissen eine hohe Authentizität und motiviert auf sehr nachvollziehbare Weise die Lesenden zum besseren emotionalen Verständnis von Fluchtursachen und Fluchtbedingungen. Das Buch ist mit seinem didaktischen Ergänzungsmaterial auch gut für den Unterricht geeignet.

Ian Kershaw

### Höllenstein. Europa 1914 bis 1949

Deutsche Verlagsanstalt, München 2016, 768 Seiten



Die gegenwärtigen Tendenzen des politischen Auseinanderdriftens Europas und der Europäischen Union führen uns die Notwendigkeit vor Augen, Europa als Einheit zu sehen. Das gilt auch für die Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Zusammenbruch des Staatensystems, den beiden verheerenden Weltkriegen, dem Entstehen totalitärer Herrschaftssysteme, Terror und Massenvernichtung. Der britische Historiker beschreibt und charakterisiert den Verlauf und die Folgen dieses verhängnisvollen europäischen Prozesses, der zu einer zivilisatorischen Katastrophe führte, ohne dabei die nationalen Besonderheiten zu vernachlässigen. Kershaws Buch zeigt auf eindrucksvolle Weise, wie der „Höllenstein“ Antrieb zu einer Neuordnung Europas wurde und in abschreckender Erinnerung die Politik bis heute bestimmt.

Ulrich Teusch

### Lückenpresse.

### Das Ende des Journalismus, wie wir ihn kannten

Westend Verlag, Frankfurt/Main 2016, 223 Seiten



Der preisgekrönte Hörbuchautor kritisiert den Mainstream, die große Ähnlichkeit der Inhalte in vielen Medien, und fragt nach den Gründen. Was in der Mitte von Gesellschaft und Politik als gesetzt gilt, bestimmt auch die Auswahl der Informationen und Inhalte der Mainstreammedien, teilweise wird mit zweierlei Maß gemessen. Andere Informationen haben kaum Einfluss. Dieser ‚Lückenpresse‘ fehle es an Glaubwürdigkeit. Teusch belegt seine Kritik anhand vieler Beispiele. Den Pauschalvorwurf ‚Lügenpresse‘ lehnt er jedoch ab. Das Buch ist ein Weckruf an die Medien, eine eigenständige, kritische und ausgewogene Berichterstattung und damit Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen.

Armin Thurnher

### Ach, Österreich! Europäische Lektionen aus der Alpenrepublik

Zsolnay Verlag, Wien 2016, 176 Seiten



Armin Thurnhers grandios geschriebenes Essay „Ach, Österreich“ ist nur zu empfehlen. Man findet darin nicht nur eine scharfsinnige Gegenwartsanalyse Österreichs, sondern darüber hinaus einen kritischen Blick auf die politische Entwicklung in Europa. Und nebenher auch Tipps, wie wir in Deutschland, gemeint sind nicht nur Journalist\_innen, sondern alle aufgeklärten Demokrat\_innen, mit rechten Populist\_innen, umgehen können. Kurz gesagt, wir finden hier ein bissiges, witziges politisches Feuilleton, nach dessen Lektüre man sich wünscht, es gäbe mehr davon.



## Informationen zum Preis „Das politische Buch“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung verleiht jährlich den Preis „Das politische Buch“.

Durch den Preis wird die große Bedeutung politischer Literatur für die lebendige Demokratie gewürdigt.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung zeichnet herausragende Neuerscheinungen aus, die sich kritisch mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragestellungen auseinandersetzen, richtungsweisende Denkanstöße geben und diese Inhalte einem breiten Publikum zugänglich machen.

Der Preis zählt zu den bedeutendsten Buchpreisen dieser Art in Deutschland. Er ist mit 10.000 Euro dotiert.

Die Entscheidung über die Vergabe trifft eine unabhängige Jury. Die Jury erstellt zudem eine Liste mit weiteren empfehlenswerten politischen Büchern.

In mahrender Erinnerung an die nationalsozialistische Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 findet die Preisverleihung jährlich im Mai statt.

## Teilnahme

Jeder hat das Recht, Vorschläge beim Sekretariat der Jury einzureichen.

Die Bücher müssen in deutscher Sprache vorliegen.

Der Einsendeschluss für Buchvorschläge ist jeweils der 30. Oktober.

Verlage werden gebeten, von jedem vorgeschlagenen Buch drei Exemplare einzusenden.

## Die Preisbücher seit 2000

**2000**

Wolfgang Engler

Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land

---

**2001**

Heinrich August Winkler

Der lange Weg nach Westen

---

**2002**

Michael Howard

Die Erfindung des Friedens. Über den Krieg und die Ordnung der Welt

---

**2003**

Gunter Hofmann

Abschiede, Anfänge. Die Bundesrepublik. Eine Anatomie

---

**2004**

Michael Mann

Die ohnmächtige Supermacht. Warum die USA die Welt nicht regieren können

---

**2005**

Carolin Emcke

Von den Kriegen. Briefe an Freunde

---

**2006**

Erhard Eppler

Auslaufmodell Staat?

---

**2007**

Nadja Klinger / Jens König

Einfach abgehängt. Ein wahrer Bericht über die neue Armut in Deutschland

---

**2008**

Peter Schaar

Das Ende der Privatsphäre. Der Weg in die Überwachungsgesellschaft

**2009**

Christiane Grefe / Harald Schumann

Der globale Countdown. Gerechtigkeit oder Selbstzerstörung.  
Die Zukunft der Globalisierung

---

**2010**

Rolf Hosfeld

Die Geister, die er rief. Eine neue Karl-Marx-Biografie

---

**2011**

Peer Steinbrück

Unterm Strich

---

**2012**

Colin Crouch

Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus

---

**2013**

Robert Menasse

Der europäische Landbote. Die Wut der Bürger und der Friede Europas

---

**2014**

Hannelore Schläffer

Die City. Straßenleben in der geplanten Stadt

---

**2015**

Thomas Piketty

Das Kapital im 21. Jahrhundert

---

**2016**

Lamya Kaddor

Zum Töten bereit.  
Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen

---

**2017**

Wolfgang Gründinger

Alte Säcke Politik. Wie wir unsere Zukunft verspielen

# Kontakt

---

## Geschäftsführerin der Jury

Alina Fuchs

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Politischer Dialog  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin

Tel.: 030 26935 7327  
alina.fuchs@fes.de

---

## Sekretariat der Jury

Friedrich-Ebert-Stiftung  
„Das politische Buch“  
Sabine Kröll  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin

Tel.: 030 26935 7302  
Fax: 030 26935 9239  
info.politischerdialog@fes.de

Weitere Informationen zum Preis:

➤ [www.fes.de/de/preis-das-politische-buch](http://www.fes.de/de/preis-das-politische-buch)

